



# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

16. November 2020

## Äthiopien

### **Konflikt in Tigray spitzt sich zu**

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen der äthiopischen Armee und regionalen Milizen im Tigray scheinen zu eskalieren. Medien zitieren militärische Quellen, die von Hunderten von Toten berichten. Verletzte Soldaten würden in Krankenhäusern im benachbarten Regionalstaat Amhara behandelt und die Bevölkerung zum Blutspenden aufgefordert. Überprüfen lässt sich das nicht, da Telefon- und Internetverbindungen im Tigray unterbrochen sind. Dies gilt auch für Meldungen, in denen die Konfliktparteien Erfolge für sich proklamieren: so twitterte beispielsweise der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed am 12.11.20, das Militär hätte die Kontrolle in der westlichen Region von Tigray übernommen und leiste nun humanitäre Hilfe. Nicht überprüfen lässt sich auch die Behauptung von Regierungsvertretern in Tigray, das Nachbarland Eritrea würde Äthiopien im Konflikt unterstützen. Eritreas Außenminister Osman Saleh Mohammed bestritt jedoch eine Beteiligung. Nach Angaben von Diplomaten sollen am 14.11.20 Raketen aus Tigray Ziele in Eritreas Hauptstadt Asmara getroffen haben (vgl. BN v. 16.11.20).

### **Amnesty International berichtet über Tötungen von Zivilisten**

In der Stadt Mai-Kadra im Südwesten von Tigray soll es nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen ein Massaker an der Zivilbevölkerung gegeben haben, mit Dutzenden von Toten. Abiy Ahmed beschuldigte Milizen der in Tigray regierenden Volksbefreiungsfront Tigray Peoples Liberation Front (TPLF), belegt ist dies jedoch bislang ebenso wenig wie die Meldung, bei den Opfern handele es sich um ethnische Amahren. Flüchtlinge im Sudan berichten dagegen, amharische Milizen hätten gezielt Tigrayer getötet. Zwischen den beiden Regionalstaaten Amhara und Tigray gibt es Gebietsstreitigkeiten. Amharische Milizen sollen die äthiopischen Streitkräfte in Tigray unterstützen.

### **Aufruf zur Einstellung der Kämpfe – Abiy Ahmed lehnt ab**

Der Vorsitzende der Afrikanische Union (AU), Moussa Faki Mahamat, appellierte an beide Konfliktparteien, alle Kampfhandlungen einzustellen, die Menschenrechte zu respektieren und den Schutz von Zivilisten zu gewährleisten. Premierminister Abiy Ahmed erklärte in einer Fernsehansprache am 10.11.20 jedoch, dass er an seinem militärischen Kurs festhalten werde, bis „die kriminelle Junta entwaffnet, festgenommen und vor Gericht gestellt ist“. Auch wenn ein Großteil der Bevölkerung den Einsatz in Tigray befürwortet, ist schon seit längerem festzustellen, dass Abiy zunehmend an Rückhalt verliert, auch in seinen eigenen Reihen fehlt es offenbar an Loyalität. So ersetzte er die gesamte Führung des Sicherheitssektors (Geheimdienst, Armee und Polizei). Offizielle Gründe für diesen Wechsel wurden nicht genannt. Vermutet wird, dass Abiy versucht, sich so die Unterstützung für den Einsatz in Tigray zu sichern. Unterdessen rief der staatliche TV-Sender in der Provinzhauptstadt Mekele zur allgemeinen Mobilisierung auf. Jeder taugliche Bewohner der Region solle sich „zur Verteidigung der Souveränität Tigrays“ zur Verfügung stellen, hieß es.

### **Andere Regionen – Übergriffe gegen Tigray**

Der Konflikt in Tigray wirkt sich auch auf andere Teile Äthiopiens aus. So berichteten Medien, dass landesweit Tausende gegen die in Tigray regierende TPLF demonstriert hätten. Etwa 150 Personen seien wegen des Verdachts, im Auftrag der TPLF Terrorangriffe geplant zu haben, festgenommen worden. Andere Tigrayer würden schikaniert, hätten ihre Arbeit verloren, Taxifahrern sei die Lizenz entzogen worden. Am 14.11.20 erklärte ein Regierungsvertreter, dass es am Tag zuvor Raketenangriffe auf die Flughäfen der Städte Bahir Dar und Gondar im Regionalstaat Amahar gegeben habe. Verantwortlich sei die TPLF.

### **Welthungerhilfe warnt vor einer humanitären Katastrophe in Tigray**

Die Vereinten Nationen (UN) warnten indessen vor einer großen humanitären Krise und äußerten sich besorgt über die Situation der in Lagern in Tigray lebenden rund 100.000 – mehrheitlich eritreischen – Flüchtlinge sowie die durch den Konflikt vertriebene Bevölkerung. Angesichts des Ausnahmezustandes sei die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern in der Region nicht mehr gesichert, da allen internationalen Hilfswerken der Zugang nach Tigray verwehrt werde. Berichtet wird auch, dass Tausende wegen der Kämpfe Zuflucht im Sudan gesucht hätten. Fachleute rechnen damit, dass diese Zahl innerhalb der nächsten Tage auf weit über 100.000 steigt.

## **Afghanistan**

### **COVID-19-Pandemie**

Die Situation ist nahezu unverändert. Trotz internationaler Hilfslieferungen berichten Krankenhäuser über Schwierigkeiten, ihre Kapazitäten aufrechtzuerhalten bzw. auszubauen. Die Folgen für die Lebensmittelversorgung haben inzwischen ein Ausmaß angenommen, das dem während der Dürre von 2018 gleicht. Aufgrund der gestiegenen Lebensmittelpreise und des gleichzeitig sinkenden Einkommens stieg die durchschnittliche Verschuldung von Haushalten deutlich an. Mehr als die Hälfte der Binnenvertriebenen nennen den Kauf von Lebensmitteln als Grund für die Schuldenaufnahme. Das Famine Early Warning Systems Network rechnet, dass ein Tagelöhner derzeit durchschnittlich 2,4 Tage pro Woche für 325 AFN pro Tag (ca. 3,57 EUR) arbeiten kann. Damit könnte er ein Neuntel eines Monatspakets mit Grundnahrungsmitteln für einen sechsköpfigen Haushalt kaufen.

### **Kampfhandlungen, Anschläge, zivile Opfer**

Nach Recherchen der New York Times starben im November 2020 bisher mindestens 100 Pro-Regierungskräfte und 154 Zivilisten bei militärischen Auseinandersetzungen in mehreren Provinzen. Nach Regierungsangaben aus der vergangenen Woche kämpften die Sicherheitskräfte in 19 von 34 Provinzen gegen die Taliban.

Nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) wurden zwischen Januar und Oktober 2020 278.863 Personen aus 31 Provinzen als konfliktbedingte Binnenvertriebene registriert, die meisten im Nordosten, Norden und Osten. Hinzu kommen 111.269 von Naturkatastrophen Betroffene in allen 34 Provinzen.

## **Angola**

### **COVID-19-Pandemie: Polizei löst Demonstration gewaltsam auf**

Unter Einsatz von scharfer Munition, Tränengas und Hunden löste die Polizei am 11.11.20, Angolas Unabhängigkeitstag, in Luanda eine friedliche Demonstration von Regierungskritikern auf. Dabei wurde eine Person erschossen. Die Aktivistin Laurinda Goveia und der Aktivist Nito Alves wurden schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht. Ein dritter Aktivist, Luaty Beirao, sowie eine unbekannte Zahl weiterer Personen wurden festgenommen. Die Demonstranten forderten die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Abhaltung von Lokalwahlen 2021.

Im Rahmen der Bekämpfung von COVID-19 sind öffentliche Versammlungen von mehr als fünf Personen seit Oktober 2020 verboten. Bereits am 24.10.20 hatten Sicherheitskräfte unter dem Verbot eine Demonstration in Luanda gewaltsam aufgelöst und etwa 100 Personen, darunter mehrere Journalisten, vorübergehend festgenommen.

## **Armenien / Aserbaidshon**

### **Waffenstillstand für Berg-Karabach vereinbart**

Im Konflikt um die Südkaukasus-Region Berg-Karabach haben sich der Ministerpräsident von Armenien Paschinjan und der Präsident von Aserbaidshon Alijew auf ein Ende aller Kampfhandlungen verständigt. Die neue Waffenruhe kam unter Vermittlung des russischen Präsidenten Putin zustande. Sie trat am 09.11.20 um 22.00 Uhr MEZ in Kraft und wird seit diesem Zeitpunkt eingehalten. Armenien und Aserbaidshon hatten sich sechs Wochen lang schwere Kämpfe um Berg-Karabach geliefert. Dabei starben auf armenischer Seite nach offiziellen Angaben rund 2.300 Menschen. Aserbaidshon verweigert bislang Auskünfte zu den eigenen Verlusten. Putin sagte, dass die Vereinbarung die Grundlage sei für eine langfristige Lösung des Berg-Karabach-Problems. Das Abkommen sieht vor, dass Aserbaidshon die im Krieg eroberten Gebiete behalten darf, die auch völkerrechtlich zu Aserbaidshon gehören. Zudem verliert Armenien weitere, an Berg-Karabach angrenzende besetzte Gebiete, die Aserbaidshon noch nicht zurückerobert hatte. Für Armenien bedeutet das große territoriale Verluste. Knapp 2.000 Soldaten einer russischen Friedenstruppe sollen über die Einhaltung des Waffenstillstands wachen und sind bereits zum Teil eingetroffen. Aserbaidshon räumte Armenien am 15.11.20 eine Fristverlängerung zum Abzug aus der an Berg-Karabach angrenzenden Region Kalbadschar bis zum 25.11.20 ein. Armenien habe die Verzögerung damit begründet, dass für den Abzug nur eine einzige Straße genutzt werden könne. Zuvor gab es Berichte, dass Armenier ihre Häuser vor dem Anrücken aserbaidshonischer Truppen verlassen und sie zum Teil angezündet hätten.

### **Unruhen in Armenien**

Das Abkommen über den Waffenstillstand für Berg-Karabach führte zu Ausschreitungen in der Hauptstadt Jerewan. Bereits in der Nacht zum 10.11.20 besetzten mehrere Hundert Demonstranten dort das Regierungsgebäude und zerstörten Möbel, Türen und Fenster. Auch in den Tagen danach demonstrierten Tausende nationalistisch gesinnte Demonstranten gegen Ministerpräsident Paschinjan. Sie beschimpften ihn als Verräter und die vereinbarte Waffenruhe als Kapitulation. Sie forderten Paschinjans Rücktritt und eine Wiederaufnahme der Kämpfe gegen Aserbaidshon.

Nach dem in Armenien hochumstrittenen Waffenstillstand mit Aserbaidshon ist der armenische Oppositionsführer Wanetsjan wegen angeblicher Mord- und Putschpläne gegen Ministerpräsident Paschinjan am 14.11.20 festgenommen worden. Die Anwälte von Wanetsjan bezeichneten die Festnahme des Oppositionsführers und früheren Geheimdienstchefs als „Verfolgung politischer Gegner“ und wiesen den Vorwurf zurück, dieser habe die Tötung des Ministerpräsidenten und die Machtübernahme geplant. Neben der Verhaftung von Wanetsjan gaben die armenischen Sicherheitskräfte am selben Tag die Festnahme eines weiteren Verdächtigen mit regierungsfeindlichen Ansichten bekannt. Bereits am 12.11.20 waren zehn Oppositionspolitiker festgenommen worden, die gegen Paschinjan mobilisiert hatten. Die Vorwürfe lauteten auf „Organisation von Massenunruhen“ in der Hauptstadt Jerewan. Paschinjan selbst betonte, keine Alternative zur vereinbarten Waffenruhe gehabt zu haben und nicht bereit sei zurückzutreten.

### **Hintergrund**

Armenien steht vor schwierigen Zeiten. Das Land musste sich der eindeutigen militärischen Überlegenheit Aserbaidshons – unterstützt durch die Türkei – beugen. Vergebens hoffte die armenische Führung auf militärische Hilfe durch ihren Verbündeten Russland. Zu der angespannten innenpolitischen Lage kommen die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die das Land massiv trifft und entsprechende Folgen für die medizinische Versorgung und die wirtschaftliche Lage hat. Zusätzlich erschwert wird die Lage durch knapp 100.000 Flüchtlinge aus Berg-Karabach, die nach Armenien geflohen sind.

## **Bolivien**

### **Ex-Präsident Morales nach Bolivien zurückgekehrt**

Bolivien früherer Präsident Evo Morales hat nach der Wahl seines Parteikollegen Luis Arce zum neuen Präsidenten seine Ankündigung wahrgemacht und ist nach einem einjährigen Exil in Argentinien in sein Heimatland zurückgekehrt. Er überquerte am 09.11.20 zu Fuß die Grenze nach Bolivien. Der erste indigene Präsident Lateinamerikas war nach einer von Manipulationsvorwürfen überschatteten vierten Wiederwahl unter dem Druck

von Massenprotesten und der Armee Ende 2019 zurückgetreten. Ein Haftbefehl wegen Terrorismus und Rebellion gegen ihn war vor zwei Wochen aufgehoben worden. Morales, der sich stets als Opfer eines „Putsches der Rechten“ sah, versicherte, kein neues Amt in der Regierung anzustreben, sondern sich in seiner Heimat niederzulassen „und Landwirtschaft“ zu betreiben.

## **Bosnien und Herzegowina**

### **Kommunalwahlen vor Hintergrund der COVID-19-Pandemie**

Am 15.11.20 fanden in Bosnien und Herzegowina (BIH) Kommunalwahlen statt. Die Vorbereitungen und Durchführung wurden durch die aktuelle Pandemie erschwert. Aufgrund einer verspäteten Verabschiedung des Staatshaushaltes waren die ursprünglich für den 04.10.20 terminierten Wahlen verschoben worden. Im Vorfeld hatte es Fragen um die Teilnahme von Staatsangehörigen, die im Ausland leben, gegeben. Es war eine Rekordzahl an Anträgen für die Stimmabgabe aus dem Ausland eingegangen. Laut Medienberichten wurden zahlreiche davon wegen des Verdachts des Betrugs abgelehnt. Besondere Vorkommnisse am Wahltag selbst sind bislang nicht berichtet worden. Die Wählenden mussten in den Wahllokalen Abstandsregeln einhalten, Masken tragen und Hände waschen. Es wurde auch die Temperatur von Wählenden gemessen. Für die Stimmabgabe von Wahlberechtigten in Quarantäne waren zahlreiche mobile Teams unterwegs.

Vorläufigen Ergebnissen zufolge verlor die Partei der demokratischen Aktion (Stranka demokratske akcije, SDA) die Gemeinden Centar, Novo Sarajevo and Ilidza, Stari Grad in der Hauptstadt Sarajevo an ein Viererbündnis. Behaupten konnte sich die SDA in Sarajevo lediglich in der Gemeinde Novi Grad mit ihrem Bürgermeister Semir Efendić. Vorsitzender der SDA ist Bakir Izetbegović, der 2010-2018 bosniakischer Vertreter in der Dreipräsidentschaft von BIH war. In der Entität Republika Srpska verlor die stärkste bosnisch-serbische Partei Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten (Savez nezavisnih socijaldemokrata, SNSD) den Regierungssitz der Entität, Banja Luka. Vorsitzender der SNSD ist das serbische Mitglied der Dreipräsidentschaft des Gesamtstaats, Milorad Dodik. In Banja Luka gewann der 27-jährige Kandidat der Partei des demokratischen Fortschritts (Partija demokratskog progresna, PDP). Die zentrale Wahlkommission will das amtliche Ergebnis bis zum 15.12.20 bestätigen.

### **Entlassener Kriegsverbrecher in Mostar erschossen**

Am Abend des 09.11.20 wurde Marko Radić, ein zwischenzeitlich freigelassener Kriegsverbrecher, in der Stadt Mostar erschossen aufgefunden. Radić, im Krieg von 1992-1995 Kommandant des Kroatischen Verteidigungsrats (Hrvatsko vijeće obrane, HVO), war 2011 durch ein bosnisch-herzegowinisches Gericht zu 21 Jahren Haft wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Bosniaken (Muslimen aus BIH) in der Region Mostar verurteilt worden. Nachdem seinem Antrag auf Haftverbüßung in Kroatien stattgegeben worden war, wurde die Haftstrafe durch ein Zagreber Gericht auf 12,5 Jahre verkürzt. Die Haftverkürzung hatte in BIH für Verärgerung gesorgt. Im Dezember 2018 wurde Radić entlassen. Kurz nach dem Mord wurde ein Tatverdächtiger festgenommen. Zum möglichen Motiv wurde zunächst nichts bekannt.

In Mostar, Symbol des verheerenden Bürgerkriegs auch dank seiner berühmten und im Krieg zerstörten steinernen Brücke, findet die Kommunalwahl erst am 20.12.20 statt. Es wird dort die erste Kommunalwahl seit zwölf Jahren sein. Die jeweiligen Vertreter der größeren kroatischen und die der bosniakischen Gemeinde hatten sich nicht auf ein Verfahren zur Wahl und Funktion des Stadtrats einigen können. Erst am 17.06.20 war mithilfe internationaler Vermittlung eine Vereinbarung getroffen worden. Seit acht Jahren gab es in Mostar keinen Stadtrat mehr; der 2008 gewählte Bürgermeister und der Vize-Bürgermeister amtierten zwischenzeitlich weiter.

## **Burkina Faso**

### **Schwerer Angriff auf Sicherheitskräfte vor Wahlen**

In der Provinz Oudalan kam es am 11.11.20 zu einem Angriff auf burkinische Sicherheitskräfte, bei dem offiziellen Angaben zufolge 14 Personen getötet wurden. Acht weitere seien verletzt worden, drei davon schwer. Die Sicherheitskräfte hätten auf der Strecke Tin Akoff-Beldiabé in der Provinz im Dreiländereck mit Mali und Niger patrouilliert. Laut Medienberichten bekannte sich am 13.11.20 die Miliz Groupe de soutien à l'islam et aux

musulmans (GSIM), die mit al-Qaida im Sahel verbunden ist, zu dem Angriff. Tags darauf beanspruchte auch der IS durch die Miliz État islamique au Grand Sahara (EIGS) unter der Führung von Abou Walid Al-Sahraoui die Tat für sich und behauptete dabei 20 burkinische Soldaten getötet zu haben. Die beiden dschihadistischen Gruppierungen gelten als Rivalen.

Am 22.11.20 finden in Burkina Faso Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Dabei stellt sich Präsident Roch Marc Kaboré (Partei: Mouvement du peuple pour le progrès, MPP) nach einer ersten fünfjährigen Amtszeit zur Wiederwahl. Herausforderer ist u.a. Zéphirin Diabré (Union pour le progrès et le changement, UPC). Vor dem Hintergrund der Unsicherheit im Land durch dschihadistische Gewalttaten (vgl. BN v. 19.10.20) werden laut Medienberichten 1.500 Dörfer aus 22 Gemeinden (von mehr als 300) nicht an den Wahlen teilnehmen. Im September 2020 war ein Gesetz verabschiedet worden, wonach der Urnengang dennoch Gültigkeit haben wird. Der Verfassungsrat bestätigte mit Berufung auf eine „force majeure“ das Gesetz trotz eines Ausschlusses von 17,70 % des Staatsterritoriums von den Wahlen.

## China

### **Hongkong: Abgeordneten des Demokratielagers Mandat entzogen**

Am 11.11.20 entzog Hongkongs Regierung den vier demokratischen Abgeordneten Alvin Yeung, Kwok Kaki, Dennis Kwok und Kenneth Leung ihre Mandate. Der Maßnahme ging ein Beschluss des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses vom selben Tag voraus. Demzufolge können Abgeordnete des Hongkonger Legislativrats (Parlament) ihr Mandat verlieren, wenn sie für die Unabhängigkeit Hongkongs eintreten, sie die Souveränität der Volksrepublik über die Sonderverwaltungsregion nicht anerkennen, ihre Handlungen die nationale Sicherheit gefährden oder sie die Einmischung ausländischer Kräfte in innere Angelegenheiten unterstützen. Die vier Abgeordneten waren bereits von der ursprünglich für September 2020 geplanten, offiziell wegen der COVID-19-Pandemie aber um ein Jahr verschobenen Parlamentswahl ausgeschlossen worden. Ihnen war u.a. vorgeworfen worden, das Ausland zu Sanktionen gegenüber Hongkonger Amtsträgern aufgerufen zu haben.

15 weitere Abgeordnete des demokratischen Lagers legten am 11.11.20 aus Protest gegen die Entscheidung ihre Mandate nieder. Neben zwei Oppositionellen gehören dem Hongkonger Parlament nun noch 39 der Zentralregierung nahestehende Abgeordnete an.

## Eritrea / Äthiopien

### **Tigray: Raketenangriffe auf Ziele in Eritrea**

Die in der nordäthiopischen Unruheregion Tigray regierende Volksbefreiungsfront Tigray Peoples Liberation Front (TPLF) hat bestätigt, am 14.11.20 Raketen auf Ziele in der eritreischen Hauptstadt Asmara abgefeuert zu haben. Diplomaten in Eritrea hatten schon zuvor von Explosionen in der Nähe des Flughafens der Hauptstadt berichtet. Dieser sei – so Debretsion Gebremichael, Regionalpräsident von Tigray – ein „legitimes Ziel“, da der Flughafen auch von äthiopischen Soldaten genutzt werde und von dort Flugzeuge starten, die Luftangriffe in Tigray fliegen. Er drohte mit weiteren Angriffen. Ein weiteres Ziel der Raketenangriffe soll das Informationsministerium und ein Wohnkomplex im Stadtteil Sembel gewesen sein. Eritreische Regierungskreise bestätigten Raketenangriffe, dementierten aber, dass die Hauptstadt getroffen worden sei. Informationen über Schäden oder Todesfälle waren nicht verfügbar.

Damit droht sich der Konflikt zwischen Äthiopiens Zentralregierung und Tigray auch auf das Nachbarland auszuweiten, das bis 1993 ein Teil Äthiopiens war. Eritrea und Äthiopien führten 1998-2000 einen Krieg, bei dem es u.a. um die Grenzziehung in der Tigray-Region ging. Das äthiopische Militär bestand mehrheitlich aus Angehörige der Tigray. Zwar unterzeichneten beide Länder in 2018 ein Friedensabkommen, geblieben ist jedoch der Konflikt zwischen Eritrea und Tigray.

## Indien

### **COVID-19-Pandemie: Neuinfektionen erreichen im Hauptstadtterritorium Rekordwert**

Am 12.11.20 meldeten Behörden mit 7.053 positiv getesteten Fällen eine anhaltend hohe Zahl an täglichen Neuinfektionen in der Hauptstadt Neu-Delhi. Am 07.11.20 wurde mit 7.178 positiven Tests an einem Tag der höchste Anstieg im Hauptstadtterritorium seit Beginn der COVID-19-Pandemie erreicht. Während die täglichen Fallzahlen im gesamten Land seit Mitte September 2020 erheblich zurückgegangen seien, erlebt die Hauptstadt die bisher folgenschwerste Phase seit Ausbruch der Pandemie. Es wird erwartet, dass die Luftverschmutzung die Lage weiter verschärfen könnte.

## Indien / Pakistan

### **Kaschmir: Schusswechsel an der Line of Control**

Am 13.11.20 wurden bei einem Schusswechsel an der Grenze zwischen dem indischen und dem pakistanischen Teil Kaschmirs mindestens 15 Personen getötet. Auf der indischen Seite seien zehn Menschen, darunter sechs Zivilisten, und auf der pakistanischen Seite fünf Menschen, darunter vier Zivilisten getötet sowie mehrere Dutzend verletzt worden.

## Irak

### **Sicherheitsoperationen gegen IS-Kämpfer**

Bei den jüngsten Sicherheitsoperationen der kurdischen Peshmerga und der US-geführten Koalition wurden am 11.11.20 in den „Qarachogh Mountains“, der Nähe der Stadt Makhmur, einem zwischen der kurdischen Regionalregierung und der irakischen Zentralregierung umstrittenen Gebiet, zehn IS-Kämpfer getötet.

Bei einer Sicherheitsoperation der irakischen Sicherheitskräfte gegen Verstecke von IS-Kämpfern wurden am 15.11.20 in der Provinz Kirkuk fünf Verstecke zerstört

### **Schließung von Flüchtlingscamps**

Die irakischen Behörden leiteten seit dem 18.10.20 die Schließung von zehn Flüchtlingslagern in den Provinzen Bagdad, Kerbala, Diyala, Anbar, Ninewa und Kirkuk ein. Die Regierung hat signalisiert, dass vor Ende 2020 mit weiteren Schließungen zu rechnen ist.

## Iran

### **COVID-19-Pandemie**

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums vom 15.11.20 hat die Anzahl der registrierten Corona-Neuinfektionen in Iran binnen eines Tages einen neuen Höchstwert (12.543 Fälle) erreicht. Die Fallzahlen dürften jedoch mehr als doppelt so hoch sein wie angegeben, weil es in Iran mit über 82 Mio. Einwohnern immer noch zu wenige Testmöglichkeiten gibt. Die Regierung plant nach Medienberichten vor diesem Hintergrund landesweit strenge und unbefristete Lockdowns, um die drastisch steigenden Corona-Fallzahlen zu stoppen. Diese Lockdowns werden am 21.11.20 in Kraft treten. Wie genau die Lockdowns aussehen sollen, welche Wirtschaftsbranchen davon betroffen sind und ob es auch zu Ausgangssperren kommt, will Präsident Rohani noch vor dem 21.11.20 bekanntgeben.

## Jemen

### **Erneute Warnungen vor Hungersnot**

Das Welternährungsprogramm (WFP) hat erneut davor gewarnt, dass im Jemen die Gefahr einer Hungersnot besteht, wenn keine zusätzlichen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Die Organisation gab an, dass bei neun von 13 Mio. Menschen, die Nahrungsmittelhilfen halbiert wurden und nur noch jeden zweiten Monat verteilt werden können. Besonders davon betroffen sind Personen, die in den von den Houthis kontrollierten Gebieten leben. Es

besteht das Risiko, dass die Rationen im Januar 2021 weiter gekürzt werden müssen, dies würde sechs Mio. Menschen betreffen. Das WFP unterstrich, dass ein Teil der Ursache für die momentane Hungerkrise in der Behinderung der Nothilfe durch die Houthis liegt. Vor zwei Jahren drohte im Jemen eine Hungersnot, die jedoch dank der Unterstützung von Spendern vermieden werden konnte.

### **Mehr als 1.500 Zivilisten getötet**

Am 10.11.20 gab der UNHCR bekannt, dass bei Kämpfen im Jemen zwischen Januar und September 2020 mehr als 1.500 Zivilisten getötet oder verletzt worden sind. 42 % der Opfer waren Frauen und Kinder.

## **Jordanien**

### **Parlamentswahlen**

Am 10.11.20 fanden unter strengen Corona-Auflagen Parlamentswahlen statt. Dabei waren mehr als vier Mio. Menschen aufgerufen, 130 Vertreter des Repräsentantenhauses zu bestimmen. Davon sind 15 Frauen vorbehalten. Im neuen Parlament sind 15 Frauen vertreten, gegenüber 20 Frauen in dem scheidenden Parlament. Die Wahlbeteiligung lag bei ca. 30 %.

Nachdem es trotz einer zuvor beschlossenen Ausgangssperre von vier Tagen zu Siegesfeiern gekommen ist, hat der Innenminister, Taufik al-Halalmah, am 12.11.20 seinen Rücktritt erklärt. Er übernahm damit die Verantwortung für die Verstöße gegen die viertägige Ausgangssperre. Jordanischen Sicherheitskräften zufolge wurden 18 Kandidaten wegen Feiern oder Schüssen in die Luft festgenommen. Insgesamt kam es zu 340 Festnahmen.

## **Kosovo**

### **Ex-Präsident und weitere Angeklagte bekennen sich nicht schuldig**

Der zurückgetretene Präsident Hashim Thaçi sowie die drei weiteren hochrangigen Politiker, die aufgrund einer zwischenzeitlich veröffentlichten gemeinsamen Anklage am 04.11.20 bzw. 05.11.20 festgenommen und in die Haftanstalt der Kriegsverbrechen-Sonderkammern für Kosovo (KSC) in Den Haag überstellt worden waren (vgl. BN v. 09.11.20), haben sämtlich in ihren individuellen Anhörungen vor den Richtern im Vorverfahren auf unschuldig plädiert.

## **Libanon**

### **Neuer Lockdown**

Am 14.11.20 setzte im Libanon ein neuer landesweiter Lockdown ein. Die Coronafallzahlen waren nach der Explosion im Hafen von Beirut am 04.08.20 massiv angestiegen, die Zahl der täglichen Neuinfektionen hat sich seitdem etwa verzehnfacht. Die bereits massiv geschädigte Infrastruktur des Landes und die Wirtschaftskrise sowie der Verlust von etwa 500 Krankenhausbetten durch die Explosion haben die Möglichkeiten der Reaktion durch den libanesischen Staat stark eingeschränkt. Die Maßnahmen umfassen eine komplette Ausgangssperre von 17 bis 5 Uhr und weitgehende Kontaktbeschränkungen, lediglich essentielle Geschäfte dürfen geöffnet bleiben. Die Zahl der bestätigten Coronainfektionen hatte in den Tagen vor dem neuen Lockdown die 100.000 überschritten, die Zahl der Toten die 800. Der Libanon hat eine Einwohnerzahl die je nach Schätzung zwischen sechs und acht Millionen liegt.

### **Regierungsbildung**

Weiterhin war es nicht möglich eine neue Regierung zu bilden, was aber von den internationalen möglichen Geldgebern als Voraussetzung für finanzielle Hilfen betrachtet wird. Seit der Woche der Explosion am 04.08.20 wird über eine neue Regierungsbildung beraten. Nach einem Bericht von Al Jumhuriya vom 14.11.20 blockieren mehrere Gruppen eine Regierungsbildung, weil sie sich von dem endgültigen Ergebnis der US-Wahl Vorteile versprechen.

## Libyen

### **Bekannte Anwältin in Benghazi erschossen**

Unbekannte haben die Anwältin und Frauenrechtsaktivistin, Hanan al-Barassi, am 10.11.20 im Zentrum Benghazis auf offener Straße erschossen. In den sozialen Medien hatte sich al-Barassi Tage zuvor kritisch gegenüber General Khalifa Haftar und dessen Sohn geäußert und erklärt, sie lasse sich von Drohungen nicht einschüchtern. Mit ihrem Verein hatte sich al-Barassi vor allem für Frauenrechte eingesetzt und Kritik an Korruption, Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen in Libyen geübt.

Erst im Juli 2019 war die prominente Frauenrechtlerin und Parlamentsmitglied, Siham Sergiwa, von bewaffneten Männern aus ihrem Haus in Benghazi entführt worden. Sie gilt bis heute als vermisst. Vor ihrer Entführung hatte Sergiwa die Offensive Haftars auf Tripolis im April 2019 kritisiert.

In Libyen sind Oppositionelle, Menschenrechtsaktivisten und kritische Medienschaffende immer wieder Drohungen, gewaltsamen Übergriffen und Entführungen ausgesetzt, ohne dass die Verantwortlichen strafrechtlich verfolgt werden.

## Mali

### **Führender Dschihadist getötet**

Bei einem Luftangriff französischer Soldaten soll am 10.11.20 der Dschihadist Bah ag Moussa in der Nähe von Ménaka im Osten des Landes getötet worden sein. Bah ag Moussa soll der militärische Leiter der islamistischen Gruppe Rassemblement pour la Victoire de l'Islam et des Musulmans (RVIM) gewesen sein. Er soll für mehrere Angriffe auf malische und internationale Streitkräfte verantwortlich gewesen sein. Er galt außerdem als die rechte Hand von Iyad Ag Ghali, dem Anführer der Dschihadistengruppe Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin (JNIM), die mit der Terrororganisation al-Qaida verbunden ist.

## Marokko

### **Unruhen in der Westsahara**

Seit 21.10.20 behindert die Polisario-Front den Warenverkehr in der Pufferzone zwischen Marokko und Mauretanien. In der Nacht vom 12.11. auf den 13.11.20 griffen die marokkanischen Streitkräfte ein und lösten die Blockaden auf. Sie errichteten einen Sicherheitskorridor für den Waren- und Personenverkehr. Einige hundert LKW-Fahrer waren von der Polisario am Grenzübergang Guerguerat an der Einreise nach Mauretanien gehindert worden.

### **Gesundheitsnotstand verlängert**

Die marokkanische Regierung hat den Gesundheitsnotstand bis 10.12.20 verlängert.

## Moldawien

### **Präsidentenschaftswahl**

Am 01.11.20 fanden in Moldawien Präsidentenschaftswahlen statt, bei der die Kandidatin der Oppositionspartei Aktion und Solidarität (PAS), die EU-freundliche Maia Sandu, mit 36,16 % auf Platz eins kam. Der Amtsinhaber, der pro-russische Präsident Igor Dodon, erreichte 32,16 %. Wegen der COVID-19-Pandemie betrug die Wahlbeteiligung nur 42,75 %. Dies ist der niedrigste Wert seit der Ausrufung der Unabhängigkeit in den 1990er Jahren. Moldawien ist ein mehrheitlich rumänisch geprägtes Land, in dem es aber auch viele russischsprachige Personen gibt, die sich kulturell und politisch an Moskau orientieren.

In der Stichwahl am 15.11.20 kommt Maia Sandu nach Auszählung fast aller Wahlzettel der 3,2 Mio. Wahlberechtigten auf knapp 57 % und wird neue Präsidentin der Republik Moldau. Auf den Amtsinhaber Igor Dodon entfielen etwa 43 %.



Bereits im Wahlkampf machte Maia Sandu deutlich, im Falle eines Wahlsiegs eine Annäherung an die EU anzustreben, um Moldawien aus der seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 andauernden schweren Wirtschaftskrise zu führen, wegen der viele Bürger das Land verlassen haben und in der EU arbeiten.

Maia Sandu rief zur Stichwahl am 15.11.20 zu einer beispiellosen Mobilisierung der eigenen Wähler auf und zwar auch deshalb, weil das russlandfreundliche Lager trotz Sandus knappen Vorsprungs gut aufgestellt ist. Wenn man die Stimmen der drei russlandfreundlichen Präsidentschaftsbewerber des ersten Wahlgangs addiert, kommen diese auf 56 % und damit auf eine Mehrheit. Das EU-freundliche Lager bezweifelte, dass im ersten Wahlgang alles korrekt zugeing und westlich orientierte moldauische Medien beschwerten sich nach dem ersten Wahlgang über Fake-News-Kampagnen gegen Sandu.

Auf die von Maia Sandu nach dem ersten Wahlgang aufgestellte Forderung nach einem umgehenden Rücktritt von Innenminister Oleg Tulea sowie des Vorsitzenden der Wahlbehörde, Dorin Cimil, sprach Staatspräsident Dodon von einer freien, fairen und demokratischen ersten Runde.

## **Mosambik**

### **Anklage gegen iranische Waffenschmuggler in Mosambik**

Knapp ein Jahr nach ihrer Festnahme im Dezember 2019 in der Unruheprovinz Cabo Delgado sind zwölf Iraner am 11.11.20 offiziell der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt worden. Nach Angaben der Anklagebehörde gehören sie einer internationalen Terrorgruppe an. An Bord ihres Schiffes wurden in der Bucht von Pemba, Hauptstadt von Cabo Delgado, automatische Sturmgewehre, Pistolen, Munition sowie weitere Ausrüstungsgegenstände entdeckt.

Berichte von Enthauptungen von Zivilisten mutmaßlich durch militante Islamisten in den Tagen von 30.10. bis 01.11.20 (vgl. BN v. 09.11.20) würden nach Ansicht des Bischofs von Pemba, Dom Luiz Fernando Lisboa, belegen, dass sich die Lage in der Provinz verschärft. Angesichts internationaler Medienberichte über bis zu 50 Opfer sagte der Bischof, die genaue Zahl sei nicht feststellbar. Zum Konflikt in Cabo Delgado äußerten sich Medienberichten zufolge unter anderem zuletzt UN-Generalsekretär António Guterres und der Außenbeauftragte der EU Josep Borrell. Er versprach Mosambik eine Verdopplung der Anstrengungen zur Unterstützung der Sicherheit im Land. Im Zusammenhang mit dem Konflikt wird immer wieder auch den mosambikanischen Sicherheitskräften die Verübung von Gräueltaten an der Zivilbevölkerung vorgeworfen.

## **Myanmar**

### **Wahlen**

Am 08.11.20 hat die National League for Democracy (NLD) die zweiten freien Wahlen seit der Demokratisierung erneut mit großer Mehrheit gewonnen. Die NLD erhielt 346 Sitze im Unter- und Oberhaus des Parlaments und damit mehr als die 322 für eine Mehrheit erforderlichen Sitze. Die Wahlkommission sagte aus Sicherheitsgründen jedoch für 57 Bezirke die Stimmabgabe ganz oder teilweise ab, sodass in Konfliktregionen die Abstimmungen wie schon 2015 nicht stattfanden. Im ethnischen Teilstaat Rakhine, in dem sich seit ca. zwei Jahren Armee und Rebellen der Arakan Army (AA) bekämpfen, sollen Medienberichten zufolge etwa zwei Drittel der Wahlberechtigten von der Stimmabgabe ausgeschlossen worden sein. Auch etwa zwei Mio. Angehörige der Rohingya durften an der Wahl nicht teilnehmen, da sie nicht als Staatsbürger anerkannt werden. Die Wahlbeteiligung war Medienberichten zufolge trotz der Pandemie sehr hoch, 92 Parteien waren zur Wahl zugelassen. Neben der NLD als größter Partei trat u.a. die vom Militär (Tatmadaw) unterstützte Union Solidarity and Development Party (USPD) an, sie errang 25 Sitze. Anders als 2015 war der aktuelle Wahlkampf von Gewalt überschattet, ein Unterstützer der herrschenden NLD starb bei Zusammenstößen mit Angehörigen der Opposition, in Rakhine-State wurden drei Kandidaten der NLD von der AA entführt.

### **COVID-19-Pandemie**

Mit über 50.000 COVID-19-Fällen und über 1.000 Neuinfektionen pro Tag ist Myanmar eines der am stärksten betroffenen südostasiatischen Länder, weshalb auch alle Parteien im Wahlkampf nur mit Einschränkungen agieren konnten.

## **Nigeria**

### **Report zählt 160 Attacken gegen Journalisten**

In den letzten beiden Jahren haben in Nigeria insgesamt 160 Angriffe auf Journalisten stattgefunden. Das geht aus Medienberichten hervor, die sich auf einen am 12.11.20 veröffentlichten Report des Premium Times Centre for Investigative Journalism (PTCIJ) berufen. Der Report mit dem Titel State of Press Freedom – Trends and Reflections zeigt auf, dass Polizei, Kriminelle und politische Persönlichkeiten für die meisten Übergriffe auf Journalisten verantwortlich sind und diese in der nördlichen Zentralregion am häufigsten vorkommen. Der Report wertet nicht nur physische Attacken als Angriffe, sondern auch Verhaftungen und repressive Gesetze. Im 2020 World Press Freedom Index von Reporter ohne Grenzen rangiert Nigeria auf Platz 115 von 180.

## **Pakistan**

### **COVID-19-Pandemie**

Nach Regierungsangaben vom 13.11.20 verzeichnete Pakistan mit mehr als 2.000 COVID-19-Neuinfektionen innerhalb eines Tages den höchsten Wert seit mehr als vier Monaten. Zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus waren einige Viertel der Hauptstadt Islamabad abgeriegelt, vereinzelt Bildungseinrichtungen geschlossen sowie zuvor landesweit weitere Maßnahmen getroffen worden (vgl. BN v. 02.11.20).

### **Erneut Ahmadi in Peshawar erschossen**

Am 08.11.20 wurde ein 82-jähriger Ahmadi an einer öffentlichen Bushaltestelle in der nordwestlichen Stadt Peshawar in der Provinz Khyber-Pakhtunkhwa mutmaßlich aus religiösen Gründen erschossen. Nach Angaben der Ahmadiyya-Gemeinschaft handelt es sich um die vierte Tötung eines ihrer Mitglieder innerhalb von vier Monaten (vgl. BN v. 19.10.20).

### **Wahlen in Gilgit-Baltistan**

Am 15.11.20 fanden Wahlen in Gilgit-Baltistan statt. Diese Region soll zu einer eigenständigen Provinz aufgewertet (vgl. BN v. 09.11.20) und Zentrum der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China werden. In diesem Zusammenhang wirft Pakistan Indien Sabotage des Projekts vor und bezichtigt das südliche Nachbarland auch der Terrorismusförderung.

## **Peru**

### **Tote bei Unruhen nach Absetzung des Staatspräsidenten, Situation COVID-19**

Das peruanische Parlament hat Präsident Martín Vizcarra am 09.11.20 seines Amtes enthoben. Bei der Abstimmung votierten 105 Kongressabgeordnete für die Absetzung, 19 waren dagegen und vier Parlamentarier enthielten sich. Der für eine Übergangszeit vorgesehene, einen Tag später als Staatspräsident vereidigte bisherige Parlamentspräsident Manuel Merino reichte bereits am 15.11.20 seinen Rücktritt ein. Diesem Rücktritt vorausgegangen waren mehrtägige Proteste Tausender, meist junger Demonstranten im ganzen Land. Medien meldeten, dass dabei mindestens zwei Personen zu Tode kamen. Ferner äußerten nationale und internationale Organisationen scharfe Kritik an der Absetzung Vizcarras und Polizeigewalt anlässlich der Demonstrationen. Zwischenzeitlich wurde eine gerichtliche Überprüfung der Amtsenthebung des Staatspräsidenten angekündigt. Dem abgesetzten Vizcarra wird vorgeworfen, während seiner Amtszeit als Gouverneur der Region Moquegua von 2011 bis 2014 von einer Baufirma Bestechungsgelder in Höhe von umgerechnet rund 546.000 EUR angenommen zu haben. Dieser bestreitet die Vorwürfe. Erst Mitte September 2020 hatte er ein Amtsenthebungsverfahren im Kongress überstanden. Damals war ihm vorgeworfen worden, Mitarbeiter in einer parlamentarischen Untersuchung zu aufeinander abgestimmten Aussagen gedrängt zu haben. Der parteilose Vizcarra war 2018 an die Spitze des Andenstaates gerückt, nachdem sein Vorgänger Pedro Pablo Kuczynski wegen Korruptionsvorwürfen zurückgetreten war. Im April 2021 stehen in dem südamerikanischen Land Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an.

Die Absetzung des Präsidenten fällt mitten in die Corona-Krise. Laut Medienberichten wurden in Peru bisher über 930.000 Infektionen gezählt. Rund 35.000 Patienten seien bereits im Zusammenhang mit COVID-19 gestorben.

## Syrien

### **Internationale Konferenz zur Rückführung von Geflüchteten**

Am 11.11.20 begann in Damaskus eine zweitägige Konferenz, auf der die Rückführung geflüchteter Syrer aus dem Ausland thematisiert wurde. An der mit russischer Hilfe organisierten Veranstaltung nahmen insgesamt 27 Nationen teil, darunter auch der Irak und Libanon. Jordanien blieb der Konferenz fern, die Türkei wurde nicht eingeladen. Europa schlug die Einladung aus und die Vereinten Nationen (UN) kritisierten das Treffen, da es noch zu früh sei, Rückführungen zu organisieren.

Präsident Assad argumentierte, der syrische Staat würde daran arbeiten, Rückführungen zu organisieren, aber westliche Sanktionen würden ihn bei seiner Arbeit behindern. Am Vortag übertrug die staatliche Nachrichtenagentur SANA ein Videogespräch zwischen Assad und dem russischen Präsidenten Putin, der darin sagte, große Teile Syriens wären befriedet worden und die arbeitsfähigen Geflüchteten sollten zurückkehren und dabei helfen, ihr Land wiederaufzubauen.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hingegen begründete das Fernbleiben der europäischen Staaten unterdessen mit einer Auflistung mehrerer Gründe, die einer sicheren Rückkehr nach Syrien im Wege stünden. Dazu zählten insbesondere Zwangsrekrutierungen, willkürliche Verhaftungen, Verschwindenlassen, Folter, physische und sexuelle Gewalt, Ungleichbehandlung beim Zugang zu Wohnraum, Land und Besitz, sowie eine ärmliche bis gar keine Grundversorgung.

### **Türkische Armee evakuiert weitere Armeeposten**

Das türkische Militär soll Medienberichten vom 10.11.20 zufolge einen weiteren Posten, Sher Mogher in Hama, geräumt haben. Die erste Räumung ereignete sich vor etwa einem Monat (vgl. BN v. 26.10.20).

Bei den betroffenen Armeeposten handelt es sich um solche, die sich bei deren Aufbau noch in Rebellenterritorium befanden, durch das Vorrücken Assad-treuer Verbände aber in Gebiete unter Regierungskontrolle gelangten.

Ein türkischer Regierungsvertreter bestätigte den Vorgang und sagte, es handele sich um eine Umgruppierung, keinen Rückzug. Oppositionsnahe Medien berichteten außerdem von zwei weiteren Räumungen, einem entlang der M5-Schnellstraße in Idlib und einem in der Provinz Aleppo.

## Tansania

### **Oppositionsführer verlässt Tansania**

Tansanias Oppositionsführer Tundu Lissu, der nach seiner Haftentlassung in der Deutschen Botschaft um Schutz gebeten hatte (vgl. BN v. 09.11.20), ist nach Belgien ausgewandert. Vorausgegangen waren Verhandlungen mehrerer Diplomaten mit der tansanischen Regierung. Seine Partei Chadema teilte mit, Lissu wolle sich in Belgien in medizinische Behandlung begeben. Er hatte sich schon nach einem Attentatsversuch auf ihn vor drei Jahren für längere Zeit zur Behandlung in Belgien aufgehalten und war erst kurz vor der Wahl am 28.10.20 zurückgekehrt.

Im Zuge der Präsidentenwahl am 28.10.20 (vgl. BN v. 02.11.20) waren insgesamt 150 Oppositionelle festgenommen worden, von denen mindestens 18 noch immer in Gewahrsam sind.

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, zeigte sich über die Schikane gegenüber der Opposition „beunruhigt“ und rief die Behörden in Tansania auf, alle Oppositionellen freizulassen und das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit der Menschen zu respektieren.

## Türkei

### **Kooperationsanwalt freigesprochen**

Nach Medienberichten sei am 12.11.20 der Kooperationsanwalt der Deutschen Botschaft in Ankara vom Vorwurf der Spionage freigesprochen worden. Das Gericht in Ankara habe zudem keine Beweise für die Vorwürfe einer Verletzung der Privatsphäre und des Erwerbens oder Verbreitens persönlicher Daten gesehen. Ein weiterer angeklagter Anwalt sei ebenfalls in allen Anklagepunkten freigesprochen worden. Der Kooperationsanwalt habe im Auftrag des BAMF in der Türkei u.a. Unterlagen im Zusammenhang mit Asylanträgen türkischer Staatsangehöriger in Deutschland überprüft. Er war im September 2019 verhaftet worden und ein halbes Jahr später

aus der Untersuchungshaft freigekommen. Er war u.a. wegen Spionage und Geheimnisverrat angeklagt worden, die Staatsanwaltschaft beschuldigte ihn, sich in der Türkei illegal geheime Informationen beschafft und dann an die deutschen Behörden weitergegeben zu haben.

### **EGMR-Urteil: Entschädigung für Journalisten**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilt die Türkei am 10.11.20 wegen der Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu einer Zahlung von je 16.000 EUR an die Kläger. Demnach basierten die Entscheidungen türkischer Gerichte, zehn Journalisten nach dem Putschversuch im Sommer 2016 monatelang in Untersuchungshaft zu halten, auf einem bloßen Verdacht und nicht auf nachvollziehbaren Gründen. Die zehn Kläger, darunter auch der damalige Chefredakteur, arbeiteten 2016 für die regierungskritische Tageszeitung Cumhuriyet. Nach einer Reihe veröffentlichter Artikel und Beiträge im Internet wurden die Journalisten beschuldigt, Propaganda für terroristische Organisationen zu machen, u.a. für die Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistanê, PKK). Die Justiz ordnete daraufhin Untersuchungshaft an; sie verbrachten zwischen sieben und 16 Monate im Gefängnis.

Nach Auffassung des EGMR sei die Inhaftierung der Journalisten nicht begründet gewesen, da sie lediglich Gebrauch von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung gemacht hätten. Dabei habe es keine Beweise dafür gegeben, dass sie Terroristen unterstützten. Die Inhaftierung habe nicht nur gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen, sondern auch gegen türkisches Recht.

## **Venezuela**

### **Maduro kündigt weitere Lockerungen der Maßnahmen gegen COVID-19 an**

Ab dem 16.11.20 wurde von Seiten der Regierung Maduro eine Reihe an Lockerungen verkündet. Im Besonderen sollen Kinos, Theater und Autokinos wieder geöffnet werden. Zugleich verkündete Maduro in einer Fernsehansprache, dass Venezuela ab März 2021 insgesamt 10 Mio. Dosen des russischen Corona-Impfstoffes Sputnik V erhalten solle. Venezuela berichtete für den 14.11.20 nur 492 Neuinfektionen (bei derzeit wahrscheinlich etwas unter 30 Mio. Einwohnern), allerdings sind sich Beobachter einig, dass die Zahlen deutlich zu niedrig angesetzt sind, da Venezuelas Gesundheitssystem eine Erfassung gar nicht ermöglicht und kaum Testkapazitäten in angemessener Form verfügbar sind. Venezuela setzt auf den russischen Impfstoff Sputnik V, der in Venezuela bereits angewandt wird.

## **Weißrussland**

### **Andauernde Proteste gegen Präsident Lukaschenko**

Auch am vorigen Wochenende fanden in mehreren Städten des Landes Protestkundgebungen gegen Präsident Alexander Lukaschenko statt. In Minsk kamen dabei am 15.11.20 mehrere Tausend Menschen zusammen. Sicherheitskräfte nahmen am 15.11.20 insgesamt mehr als 1.100 Demonstranten fest. Bereits am 13.11.20 hatten sich in Minsk Tausende Menschen zum Gedenken an den Oppositionellen Roman Bondarenko versammelt. Dieser war nach seiner Festnahme unter ungeklärten Umständen am 12.11.20 verstorben. Nach behördlichen Angaben starb er an schweren Hirnschäden, während Demonstranten berichteten, dass er bei seiner Festnahme misshandelt worden sei. Der Menschenrechtsorganisation Wjasna zufolge wurden seit August 2020 mehr als 25.000 Personen im Zusammenhang mit den Protesten festgenommen.